

Die geführten Untersuchungen erbrachten den Nachweis, daß "Hvd"

- nach wie vor die Publizierung von Übersiedlungsabsichten von DDR-Bürgern in westlichen Medien, insbesondere in ihrer gleichnamigen Zeitschrift, als wirksamste "Hilfe" für die Durchsetzung dieser Vorhaben propagierte und schwerpunktmäßig praktizierte und dadurch eine Vielzahl von "Sympathiebekundungen" von BRD-Bürgern für diese DDR-Bürger auslöste;
- verstärkt versuchte, DDR-Bürger in ihrer feindlich-negativen Haltung zu ihrem Land zu bestärken, sie zu Initiativen gegen ihre Rechtsordnung und zu strafbaren Handlungen zu inspirieren, um so neue Ansatzpunkte für demagogische Angriffe gegen die DDR zu schaffen.

Folgende Mittel und Methoden waren dafür kennzeichnend:

- Verherrlichung der Verhältnisse und des Lebens in der BRD bei gleichzeitiger Diffamierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, Hetze gegen deren Sicherheitsorgane und Verbreitung nationalistischen Gedankengutes; damit im Zusammenhang Suggestierung von Vorstellungen über ein generelles "Recht auf Ausreise" und Aufforderungen, hartnäckig ihr "Recht" zu fordern;
- Unterstellungen, in der DDR würden 50% der Übersiedlungsersuchenden verhaftet, nur weil sie einen Antrag gestellt hätten;
- Aufforderungen, nicht zu schweigen und keine "Leisetreterei" zuzulassen; bei Personen, die sich "politisch betätigen ... geht es wesentlich schneller; Ausreisewillige, die zu verströsten sind ... werden auf die lange Wartebank geschoben ..."
- Angebote von Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Vorhaben mit Hinweis auf die Strafbarkeit eines derartigen Vorgehens;